

Zusammenarbeit im Dienst an der menschlichen Gesellschaft

Christlich-islamischer Dialog in Colombo

Der christlich-islamische Dialog ist nach wie vor erheblichen Belastungen ausgesetzt. Doch er ist notwendig, weil Christen und Muslime in der heutigen Welt immer enger zusammenleben; und er ist verheißungsvoll, weil er Möglichkeiten gemeinsamer Arbeit im Dienst an der menschlichen Gemeinschaft eröffnet. So etwa läßt sich das Ergebnis der christlich-islamischen Konferenz zusammenfassen, die die Dialogabteilung (DFI) des Ökumenischen Rates der Kirchen mit dem Islamischen Weltkongreß vom 30. März bis zum 1. April in Colombo, Sri Lanka, durchgeführt hat.

Es war das erste derartige Treffen, das vom Ökumenischen Rat mit einer der großen internationalen Islamorganisationen gemeinsam vorbereitet und verantwortet wurde. Bereits im März 1979 hatte eine christlich-islamische Planungsgruppe ein längerfristiges Programm unter dem Generalthema „Christen und Muslime leben zusammen“ ausgearbeitet. In denselben Zusammenhang gehört die DFI-Konsultation „Präsenz und Zeugnis der Christen in der Begegnung mit ihren muslimischen Nachbarn“, die im Dezember 1979 in Mombasa stattfand und die der innerchristlichen Orientierung diente. Ziel solcher Bemühungen ist eine partnerschaftliche, d.h. von beiden Seiten getragene und verantwortete Begegnung zu entwickeln.

Auf persönlicher und regionaler Ebene praktizieren Christen und Muslime oft seit langem diese Art der dialogischen Partnerschaft. Der offizielle Islam indessen hat bislang wenig Bereitschaft gezeigt, sich auf einen offenen Dialog einzulassen. Er benützt entsprechende Gelegenheiten vielmehr eher, um sein neugewonnenes Selbstverständnis zu artikulieren und programmatische Forderungen gegenüber dem Westen im allgemeinen und den christlichen Kirchen im besonderen zu erheben. Dahinter stehen die traumatischen Erfahrungen der Kolonialzeit, die im Islam zu einem bis heute nicht ganz überwundenen Gefühl der Unterlegenheit geführt haben, aber auch der Anspruch, eine zukunftsweisende religiöse und politische Alternative vor allem für die Völker der „Dritten Welt“ darzustellen. Von den gewichtigen islamischen Organisationen ist bisher nur der „Islamische Weltkongreß“ in den Dialog eingestiegen. Er wurde in den zwanziger Jahren als Laienbewegung zur Beförderung islamischer Einheit gegründet, hat ein gutes Prestige in der islamischen Welt, ist aber in eine gewisse Abhängigkeit von der saudi-arabisch gesteuerten Weltmoslemliga geraten. In den letzten Jahren hat er sich zunehmend um die islamischen Minderheiten in der Diaspora bemüht.

Die organisatorische und konzeptionelle Basis für das Programm „Christen und Muslime leben zusammen“ ist also von vornherein schmal gewesen. Auch die Vorbereitungen für die Konferenz in Colombo gestalteten sich außergewöhnlich langwierig. Zweimal mußten Termin und Tagungsort verschoben werden, erst der dritte Anlauf führte zum Erfolg. Schließlich trafen sich auf Einladung der Regierung Sri Lankas je etwa dreißig muslimische und christliche Teilnehmer — Politiker, Theologen, Fachleute — vor allem aus Asien, Afrika und Europa in Colombo. Thema: „Christen und Muslime leben und arbeiten zusammen — Ethische und praktische Aspekte humanitärer und entwicklungsbezogener Programme“. Ein auf die ge-

meinsame Praxis also und nicht auf theologische Grundfragen zielender Dialog. Nicht nur die Vorbereitungen, auch der Verlauf der Konferenz selbst machte die schwierige Situation deutlich, in der sich der Dialog zwischen Christen und Muslimen befindet. Schon der unterschiedliche Stil zu denken und zu reden bringt Komplikationen: die Muslime setzen eher einen Grad zu hoch, die Christen einen Grad zu niedrig an, und es ist gar nicht einfach, sich auf der gleichen Ebene zu treffen. Das Ausmaß an Gemeinsamkeit in den Sachfragen, das trotz solcher tiefsitzender Barrieren erreicht wurde, macht die Konferenz zu einem beachtlichen Erfolg.

Im Vorfeld gemeinsamer konkreter Empfehlungen, die sich vor allem auf das weltweite Flüchtlingsproblem sowie auf die Situation von Minderheiten konzentrieren, blieb freilich eine prinzipielle Frage ungelöst, die aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren eine erhebliche Brisanz entwickeln wird. Die islamische Seite vertrat vor allem in der Anfangsphase der Gespräche mit Vehemenz die Geltung der Schari'a, des traditionellen religiösen Rechts, als ausschließliches Gestaltungsprinzip des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. „Im Blick auf die Muslime, und zwar ob sie die Mehrheit oder die Minderheit einer Bevölkerung bilden, muß ihr Konzept der Schari'a als unverzichtbar für eine islamische Gesellschaft anerkannt werden“, heißt es im Votum eines europäischen Delegierten. Und in den Schlußbericht der Konferenz ist die muslimische Erwartung aufgenommen, daß die Christen den Bemühungen der Muslime „wohlwollendes Verständnis“ entgegenbringen, „ihre Gemeinschaften und Gesellschaften auf der Basis ihres Glaubens und Gesetzes (Schari'a) zu entwickeln“ und „die islamische Gesellschaftsordnung in Regionen einzuführen, wo sie politisch regieren“. Dieses Konzept ganzheitlicher, auch sozio-politischer Anwendung des islamischen Rechts ist schwer mit der Vorstellung eines pluralistischen Gemeinwesens, in dem verschiedene religiöse und kulturelle Gemeinschaften gleichberechtigt zusammenleben, in Einklang zu bringen. Eine pluralistische Gesellschaftsordnung entspricht aber nicht nur dem westlichen Staats- und Gesellschaftsverständnis und wird von christlicher Seite weithin akzeptiert. Die weltweit zunehmende Bevölkerungsmischung scheint keine andere Lösung übrigzulassen — jedenfalls steht sie offenkundig hinter den Empfehlungen des Konferenzberichts.

Die Tatsache, daß mehr als drei Viertel der Flüchtlinge in aller Welt Muslime sind, gab der Diskussion dieses ständig wachsenden Problems einen besonderen Akzent. Die naheliegende Frage, ob dieses Faktum vielleicht etwas mit dem islamischen Selbstverständnis zu tun habe, wurde freilich nicht gestellt. Man möchte aber gemeinsame Anstrengungen zur Lösung oder doch Milderung der Flüchtlingsnot machen. Die Regierungen sollen aufgefordert werden, die Heimkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen. In den Gastländern soll die Bereitschaft zur Auf- und Annahme bestärkt werden. Die muslimischen Teilnehmer setzten sich dafür ein, daß bei der Organisation der Islamkonferenz (OIC), dem politischen Spitzengremium der islamischen Staaten, eine Abteilung für Flüchtlingsfragen eingerichtet wird. Diese Empfehlungen zeigen jedoch, wie hilflos alle Beteiligten angesichts des riesigen Ausmaßes des Flüchtlingselends und seiner politischen und wirtschaftlichen Ursachen sind.

Von besonderer Bedeutung sind die Diskussionen und Empfehlungen zur Lage von Minderheiten. „Die Teilnehmer wurden sich tiefer bewußt“, heißt es im Konferenzbericht, „daß Christen und Muslime dieselbe Erfahrung teilen: beide leben sie

als Mehrheiten und als Minderheiten. Sie sind überzeugt, daß Christen und Muslime harmonisch zusammenleben können. Doch ist es nötig, die Spannungen zu überwinden, die in manchen Ländern vorhanden sind.“ Der Bericht fordert sodann, „daß jede Religionsgemeinschaft in der Lage sein sollte, nach ihren Glaubenslehren zu leben mit dem Recht auf Fortsetzung ihres Bestands; zu diesem Zweck sollte volle Freiheit zur gottesdienstlichen Praxis gewährleistet sein“. Der Bericht weist darauf hin, daß in vielen Ländern fundamentale Menschenrechte religiöser Minderheiten verletzt werden. Das wird verurteilt und umgekehrt noch einmal bekräftigt, „daß multireligiöse, multikulturelle und multisprachliche Gemeinschaften neue Wege zum Zusammenleben und -arbeiten bieten“. Ein besonderer Absatz stellt fest, „daß Ehe, Scheidung und Erbschaft sowie wohltätige Stiftungen für Muslime und einige christliche Konfessionen in besonderer Weise geregelt sind und daß diese Regelungen respektiert werden sollten; ein ernsthafter Dialog sollte stattfinden, um rechtliche Sicherungen in diesen Angelegenheiten zu erhalten oder zu schaffen“.

Mit diesem letzten Passus ist trotz der offenen Formulierung in erster Linie auf das islamische Privatrecht, ein Kernstück der Schari'a, Bezug genommen. Es wird für islamische Minderheiten reklamiert — zweifellos ein kritischer Punkt, etwa im Blick auf die islamischen Bevölkerungsgruppen in Westeuropa. Doch ist das Problem der Minderheiten insgesamt keineswegs geklärt. Seine Vielschichtigkeit wurde von der christlichen Delegation, die anschließend die Konferenzergebnisse auswerte- te, ausdrücklich unterstrichen. Die Frage der Minderheiten müsse im Rahmen der Menschenrechte weiter diskutiert werden, wobei zu berücksichtigen sei, daß es individuelle Rechte, Rechte der kleineren Gemeinschaft und solche der weiteren Gesellschaft gebe. „Wenn die Rechte der kleineren Gemeinschaften betont werden, muß gesehen werden, daß das zum Konflikt mit individuellen Rechten führen und Gruppen und Individuen jeweils in gettoartige Situationen bringen kann. Es muß also eine Balance zwischen individuellen Rechten, den Rechten der kleineren Gemeinschaft sowie der Einheit und den Normen der weiteren Gesellschaft gefunden werden.“

Der christlich-islamische Dialog soll nach dem Willen der Konferenz von Colombo sozusagen institutionalisiert werden. Die Teilnehmer empfehlen dem ÖRK und dem Islamischen Weltkongreß, einen „gemeinsamen Ständigen Ausschuß“ einzurichten. Dieser soll „die Ziele, Formen und Modalitäten des islamisch-christlichen Dialogs ausarbeiten“, Schwierigkeiten im Dialog und in der Zusammenarbeit nach Möglichkeit ausräumen, gemeinsame praktische Projekte im Bemühen um Entwicklung und eine humane Gesellschaft in Gang bringen, Studiengruppen zu aktuellen Fragen einer gerechten Gesellschaftsordnung einrichten und schließlich versuchen, Vertreter anderer internationaler islamischer Organisationen sowie der römisch-katholischen Kirche für die Beteiligung in dem Ausschuß zu gewinnen.

Man sollte die Chancen eines solchen Vorhabens nüchtern einschätzen. Gleichwohl wäre die Einrichtung eines ständigen islamisch-christlichen Kontakt- und Gesprächsforums auch in einem bescheidenen Rahmen ein beachtlicher Schritt. Vollends wenn es gelingt, über die Dialogpartner von Colombo hinaus weitere Gruppierungen einzubeziehen, könnte dies auf lange Sicht das wichtigste Ergebnis der Konferenz sein. Dabei kommen der römisch-katholischen Kirche, die in Colombo mit drei Teilnehmern vertreten war, und der Weltmoslemliga, deren Generalsekretär eine ausführliche Grußbotschaft verlesen ließ, die Schlüsselrollen zu.

Michael Mildenberger